

„Welchen Teil von zehn Prozent hat die SPD nicht verstanden?“

Zu: „WAM befürchtet neues Bündnis“, MTA vom 6. Dezember

Wie erfreulich ist doch die Meldung des *Tagesanzeiger* vom Nikolaustag, dass die SPD auf dem Hochstädter Weihnachtsmarkt erklärte, sich an den Beratungen zum Haushalt nun doch mit mehr als nur einem „Nein“ beteiligen zu wollen. Man will jetzt wissen, wo gespart werden soll. Der geneigte Leser fragt sich sogleich, welchen Teil von „zehn Prozent in allen Bereichen“ die Genossen nun nicht verstanden haben? Man darf daher gespannt sein, mit welcher Kreativleistung die SPD aufwartet und gleichwohl hoffen, dass diese auch mit der angekündigten Verweigerung von Einnahmenerhöhungen in Einklang zu bringen ist, ohne dass die Stadt Insolvenz anmelden muss.

Wie dem auch sei, bisher ist keine Alternative zum Magistratsvorschlag zu erkennen. Den Charme dieses Vorschlags haben die Grünen und die CDU im Übrigen gleich erkannt, die FDP überlegt noch.

Das Wort „Zielvorgabe“ ist den Bürgern und wahrscheinlich auch den Stadtverordneten, die sich im Rahmen ihres Tagwerkes regelmäßig mit Leistungsanforderungen und dem Prinzip des „besser werden Müssens“ auseinandersetzen, nicht unbekannt. Eine Zielvorgabe an die Fachabteilungen verbindet gerade bei Veränderungsprozessen zwei wesentliche Punkte,

nämlich „Ergebnis/Ziel“ und „Einsatz von Wissen“. Es macht Sinn, wie es der Magistratsbeschluss vorsieht, seinen Fachabteilungen eine Zielvorgabe und den Spielraum, diese zu erreichen zu geben. Die Fachabteilungen wissen nämlich in der Regel am besten, wie sie die Aufgabe ohne Mikromanagement von oben erfüllen können. Diese Magistratsvorlage ist daher mehr als nur eine Vorlage zum Haushalt. Die Vorlage ist ein Signal des endgültigen Abschieds von einem durch die Kameralistik geprägten, zu einem modernen Führungsstil und damit ein weiterer richtiger Schritt zu einem soliden Haushalt.

Die WAM reagiert auf so einen Vorschlag natürlich reflexartig, böse, hysterisch und laut und schreit sofort „undemokratisch“. Vermutlich geht es bei dem Getöse weniger um den Haushalt selbst, inhaltlich wird ja nichts moniert, sondern um die Tatsache, dass die Grünen und die CDU zum gleichen richtigen Schluss kommen. Für das Lagerdenken einiger WAM Leute aus deren linken Flügel ist dies offensichtlich ein derart unerhörter Vorgang, dass man deshalb unreflektiert sofort den gesamten Haushalt ablehnen muss. Diesen Herrschaften sei höflich geraten: „Ehe man den Kopf schüttelt, vergewissere man sich, ob man einen hat.“

*Rechtsanwalt Götz Winter
Stadtverordneter für die CDU Fraktion
Weiherstraße 3, Maintal-Hochstadt*

„WAM überschreitet Grenzen des fairen politischen Umgangs“

Zu: „WAM befürchtet neues Bündnis“, MTA vom 6. Dezember

Mit der Presseerklärung der WAM im *Tagesanzeiger* haben diese die Grenzen des Anstandes und des fairen politischen Umgangs mit dem politischen Gegner mehr als überschritten. Wie anders kann es bezeichnet werden, wenn uns Grünen unterstellt wird, wir würden mit Hilfe der Reps den Haushalt verabschieden wollen? Die Grünen-Fraktion hat in ihrer Pressemitteilung ihre Position zum Haushaltsent-

wurf des Magistrates abgegeben. Wie Klaus Seibert daraus eine, von ihm unterstellte, gemeinsame Linie mit CDU und Reps herausinterpretiert, das bleibt sein Geheimnis.

Wie verdreht Herrn Seiberts Argumentation ist, wird an seiner Unterstellung deutlich, die Grünen hätten bewusst ihre nächste Mitgliederversammlung auf zwei Tage nach der Haushaltsberatung gelegt. Derzeit finden wöchentlich öffentliche Versammlungen im Ortsverband statt. (Auf der Homepage nachzulesen).

Die von der WAM verbreitete Pressemitteilung versucht mit unsachlichen und falschen Argumenten den politischen Gegner anzugreifen. Bezeichnend ist, dass die WAM mit keiner Silbe auf die inhaltliche Position der Grünen eingegangen ist. Dieser Stil der politischen Kultur grenzt hart an Demagogie.

*Peter Arendt
Fraktionsvorsitzender der Grünen
Fechenheimer Weg 67, Mtl.-Bischofsheim*

Geschäftsführung und Redaktion des *Maintal Tagesanzeiger* sind nicht für die Inhalte und Meinungsäußerungen innerhalb der Leserbriefe verantwortlich. Wir behalten uns Kürzungen beziehungsweise Ablehnung von eingereichten Leserzuschriften vor.

„Nicht verheimlichen, wo am Ende gespart wird“

Zu: Politikum „Einschnitte müssen benannt werden“, MTA vom 6. Dezember

Zehn Prozent Einsparung in allen Fachbereichen! Wenn das Sparen im städtischen Haushalt so einfach ist, warum hat der Magistrat nicht schon früher damit begonnen? Rasenmähermethoden werden gerne angekündigt, die Umsetzung ist viel schwieriger, wenn nicht unwahrscheinlich. Nehmen wir aus dem Konsolidierungsprogramm 2011 bis 2015 das größte Budget als Beispiel: Kinderbetreuung und Familienförderung, Vorgabe an den Produktbereich: 600 000 Euro jährlich weniger ausgeben! Haben die Budgetverantwortlichen bereits für ihre Bereiche Vorschläge gemacht, wie sie diese Vorgabe erreichen wollen? Vermutlich nicht. Und wenn die Angestellten in der Verwaltung sich nachträglich außerstande erklären, nur durch Prozessverbesserungen die Einsparung zu erreichen, wer wird dann zur Verantwortung gezogen?

Es mag taktisch geschickt sein, Haushaltsmaßnahmen zu beschließen, ohne politische Inhalte zu verkünden. Es gibt dann

keinen konkreten Anlass für die Wähler, ihre Partei nach den mitgetragenen Beschlüssen zu beurteilen. Eine breite Diskussion, wo gespart werden soll, wird vermieden. Und wenn sich später gegen die einzelnen umzusetzenden Sparmaßnahmen im Finanzausschuss politischer Widerstand regt, wird der Magistrat sich auf den Standpunkt stellen: Ihr habt das Konsolidierungsprogramm mit beschlossen, wenn ihr unsere Vorschläge nicht akzeptiert, liegt es an euch, wenn wir die Vorgaben nicht erfüllen können.

Die negativen Auswirkungen unklarer Haushaltsmaßnahmen werden später zu spüren sein. Noch mehr Bürger werden sich über die gewählten Vertreter ärgern. Dass in den öffentlichen Haushalten gespart werden muss, weiß jeder mündige Bürger. Man sollte nur nicht verheimlichen, wo gespart wird.

Da Ausgabenkürzungen nicht ausreichen, sind auch Einnahmeerhöhungen unvermeidlich. Die Partei, die in solchen Situationen transparente Vorschläge macht, verdient Zustimmung.

Gert Eimer

Am Bootshafen 35, Maintal-Dörnigheim